

Der ökologische Sozialstaat – ein linkes Zukunftsprojekt

von Klaus Dörre



☞ Dr. Klaus Dörre ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Mit-herausgeber der spw.

Foto: © Stella Weiß

„Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“, gestand der konservative Vordenker Frank Schirrmacher in einem bemerkenswerten Augenblick öffentlich ein. Es zeige sich, so der damalige FAZ-Herausgeber unter Berufung auf den erzkonservativen Thatcher-Biographen Charles Moore, dass ein „System, das angetreten ist, das Vorankommen von vielen zu ermöglichen, sich zu einem System pervertiert hat, das die wenigen bereichert“.¹ Von der konservativen Rechten geadelt, schien die Linke auf der Siegerstraße. Sozialismus sei der „Hit des Jahres“, titelte das konservative Magazin „The Spectator“ angesichts der Wahlerfolge von Jeremy Corbins’ Labour Party. Es gebe eine „neue Lust am Sozialismus“, warnte die Neue Züricher Zeitung.² Die „progressive sozialistische Partei“, die sich Corbyn vorstelle, wolle „das Wirtschaftssystem nicht mehr reformieren, sondern ‚ersetzen‘“. Das große Echo auf Corbyn verrate, dass er „die richtigen Fragen stellt“, hieß es noch 2017 in der FAZ.³ Sorgen bereiteten dem konservativen Feuille-

ton insbesondere Sympathien, die junge Leute für den Sozialismus hegten.⁴

Die Linke im freien Fall

Heute scheint es, als seien diese Sorgen unbegründet gewesen. Innerhalb wie außerhalb Europas befindet sich die Linke im freien Fall. Selbsterstörung ist ihr bevorzugtes Geschäft. Nach einer Wahlniederlage ist der sozialistische Aufbruch innerhalb von Labour vorbei. Jeremy Corbyn ist nicht einmal mehr Parteimitglied. Bernie Sanders formuliert noch immer fulminante Anklagen gegen den US-Kapitalismus⁵, doch der Einfluss seiner Democratic Socialists auf die US-Politik ist marginal geblieben. Jenseits der angelsächsischen Kapitalismen sieht es für die sozialistische Linke kaum besser aus. Die linkspopulistischen Parteien an der südeuropäischen Peripherie haben ihren Zenit überschritten. In Spanien ist Podemos aus der sozialistisch geführten Regierung ausgeschieden. Die französische Linke zerlegt sich am Krieg in Nahost. Das griechische Linksbündnis Syriza will sich nach einer herben Wahlniederlage in eine demokratische Partei nach US-amerikanischem Vorbild verwandeln. Die deutsche Linkspartei befindet sich gar in einer Existenzkrise. Unklar ist, ob sie die nächste Wahlperiode übersteht. Doch vom Zerfall linker Alternativen profitieren derzeit weder die Sozialdemokratie noch grüne Formationen. Zwar haben sich einige sozialdemokratische Parteien vom Geist des „Dritten Weges“ á la Tony Blair und Gerhard Schröder verabschiedet; es fehlt ihnen jedoch an einer Vision, die den Glauben an eine Lin-

1 Schirrmacher, Frank (2011): Bürgerliche Werte „Ich beginne zu glauben, dass die Linke recht hat“. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.08.2011. Aktualisiert: 15.08.2011, 16:37 Uhr <https://www.faz.net/-gqz-6m1ki> [letzter Zugriff: 11.12.2023].

2 Fuster, Thomas (2019): Die neue Lust am Sozialismus. In: Neue Züricher Zeitung vom 19.07.2019. Online unter <https://www.nzz.ch/meinung/die-neue-lust-am-sozialismus-ld.1496769?reduced=true> [letzter Zugriff: 11.12.2023].

3 Buchsteiner, Jochen (2017): Taugt Labour als radikales Vorbild? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.09.2017. Online unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/kommentar-taugt-labour-als-radikales-vorbild-15224758.html?service=printPreview> [letzter Zugriff: 11.12.2023].

4 „Dies ist eines der großen Rätsel unserer Zeit. Laut einer PEW-Umfrage aus dem Jahr 2011 haben 49 Prozent der 18- bis 29-jährigen Amerikaner eine positive Einstellung zum Sozialismus und nur 43 Prozent eine negative. Wenn es um den Kapitalismus geht, fällt das Votum mit 47 Prozent Zustimmung und 48 Prozent Ablehnung genau andersherum aus. Das Gleiche gilt für die britischen Millennials. Bei der letzten Wahl wählten 62 Prozent der 18- bis 24-Jährigen Labour. Wie ist das zu erklären?“, fragte Toby Young im konservativen Magazin The Spectator. Young, Tobi (2018): Of course the young like socialism – they’re taught to. In: The Spectator. From magazine issue: 29 September 2018. Online unter: <https://www.spectator.co.uk/article/of-course-the-young-like-socialism-they-re-taught-to/> [letzter Zugriff: 11.12.2023, eigene Übersetzung].

5 Sanders, Bernie (2023): Es ist okay, wütend auf den Kapitalismus zu sein. Stuttgart: Clett-Kota.

ke mit gesellschaftsverändernder Kraft wiedererwecken könnte. Mit den grünen Parteien verhält es sich ähnlich. Wie die Sozialdemokratie stehen auch sie zumeist für ein modifiziertes „Weiter-So!“

Dazu passt, dass auch die weltweiten Klimabewegungen in den Jahren der Coronapandemie an Dynamik verloren haben. Politisch differenzieren sie sich aus, und teilweise überlagert die Aufregung über Protestformen, die zivilen Ungehorsam einschließen, die gesellschaftliche Diskussion über die Zielsetzungen der Bewegung. Neuerdings kommt hinzu, dass die Gallionsfigur dieser Bewegung, Greta Thunberg, mit einseitigen Statements zum Krieg in Nahost moralische Glaubwürdigkeit verspielt. Im starken Kontrast dazu befindet sich die radikale Rechte innerhalb wie außerhalb Kontinentaleuropas auf dem Vormarsch. In Italien und jüngst in den Niederlanden, aber auch in manchen deutschen Regionen ist sie bereits mehrheitsfähig geworden. Die Herrschaft eines neuen Autoritarismus, dem es hauptsächlich um die Akkumulation politischer Macht geht, ist deshalb gegenwärtig weitaus wahrscheinlicher als das Wiedererstarken einer erneuerten Linken.

Die Linke – realitätsfern?

Ein Problem der Linke sei, dass ihre Theoretiker „nur noch realitätsferne Ideen“ vertreten, behauptet der kluge Liberale Rainer Hank.⁶ Er hat recht. Allerdings in anderer Weise als er selbst glaubt. Hank bezieht sich auf den Sammelband „What’s left?“, der Anfang der 1990er Jahre Diskussionen auslöste. Liest man den Einleitungsbeitrag des Turiner Politikwissenschaftlers Norberto Bobbio⁷, klingt manches tatsächlich so, als sei es für die Gegenwart geschrieben. Die Linke ist wieder da angelangt, wo sie nach der Implosion des staatsbürokratischen Sozialismus begonnen hatte, sich neu zu erfinden. Wir befinden uns am Ende eines Kampfzyklus, der mit der Zäsur von 1989 ein-

setzte und infolge der globalen Finanzkrise 2007-09 Chancen zur Neugeburt einer Linken für das 21. Jahrhundert zu eröffnen schien. Von globalisierungskritischen Protesten getragen, war eine populäre Linke entstanden, die beanspruchte, alles besser zu machen als ihre traditionellen Vorgänger, die Überreste sozialistisch-kommunistischen Arbeiterbewegungen eingeschlossen. Von dieser Linken, in der Göran Therborn eine einflussreiche Kraft erkennen will⁸, die bereits weit mehr erreicht habe als die Bewegungen der 1968er-Revolte, ist in der Gegenwart nicht viel geblieben. Eine Linke für das 21. Jahrhundert ist noch nicht geboren. Sich das einzugestehen, führt zurück zu den drei Grundfragen, die Norberto Bobbio zu Beginn des zurückliegenden Kampfzyklus aufgeworfen hatte: Wird die Linke noch gebraucht? Was ist eigentlich links? Und schließlich: Welches Zukunftsprojekt soll die Linke verfolgen?

Die Linke – wozu?

Beginnen wir mit der Nützlichkeitsfrage. Man muss nur den Halbzeitbericht der Vereinten Nationen zur Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele anschauen, um eine Antwort zu finden. Der Bericht liest sich wie eine Aufforderung zur Revolution, zu einer *Nachhaltigkeitsrevolution*. Bei ökologischen Zielsetzungen wie der Bekämpfung der Erderhitzung, der Bewahrung von Artenvielfalt und dem Erhalt der Ozeane geht es allenfalls im Schnecken-tempo voran. Hinsichtlich der Überwindung von Armut, der Beseitigung des Hungers und der Bekämpfung sozialer Ungleichheit sieht es eher noch schlechter aus. Viele Weltregionen verzeichnen Stagnation oder gar Rückschritt.⁹ Selbstverständlich können Kippunkt-Szenarien, wie sie das Potsdamer Klimainstitut vorlegt,¹⁰ die Zukunft nicht exakt prognostizieren. Das Wissen um weltökologische Zusammenhänge ist noch immer viel zu lückenhaft, um

6 Hank, Rainer (2023): Ist der Traum der Linken ausgeträumt? Die politische Linke sucht ihre Zukunft. Dafür braucht sie neue Ideen. In: Frankfurter Allgemeine vom 24.11.2023.

7 Bobbio, Norberto (1993): Die Linke und ihre Zweifel, in: What’s Left? Progressen zur Linken. Berlin: Rotbuch Verlag, S. 9-24.

8 Therborn, Göran (2023): Die Linke im 21. Jahrhundert. Progressive Selbsterneuerung in aggressiven Weltverhältnissen. Hamburg: VSA.

9 United Nations (2023). The sustainable development goals report. Special edition: Towards a rescue plan for people and planet. Online unter: <https://unstats.un.org/sdgs/report/2023/The-Sustainable-Development-Goals-Report-2023.pdf> [letzter Zugriff: 11.12.2023].

10 Lenton, Tim et al (2023): The Global Tipping Points Report 2023. University of Exeter, Exeter, UK. Online unter: <https://global-tipping-points.org/> [letzter Zugriff: 11.12.2023].

gesellschaftliche Zukünfte exakt vorausszusagen. Doch es genügt, die Gegenwart zu bilanzieren, um zu wissen, dass gut gemeinte Ziele ohne radikale gesellschaftliche Veränderungen nicht zu erreichen sind.

Herausragende Naturwissenschaftler und Klimaforscher haben das längst erkannt. Ob „eine ‚soziale Marktwirtschaft‘ oder ein ‚demokratischer Sozialismus‘ das beste ‚Gesellschaftsmodell‘ für die mittelfristige Zukunft“ sei, wage er „nicht zu beurteilen“, schreibt Klimaforscher Hans-Joachim Schellnhuber.¹¹ Führende Köpfe der politischen Linken würden sich hingegen nicht einmal trauen, einen „demokratischen Sozialismus“ als Ausweg aus der Klimahölle überhaupt in Erwägung zu ziehen. Wo sie regiert, versinkt die Linke – gleich ob sozialdemokratisch, grün oder dem Anspruch nach links davon, in jener gähnenden Leere der Realpolitik, die Schirmmacher als „Pfeifen im Walde“ attackierte. Sahara Wagenknechts neuester Versuch, eine Partei jenseits eingeschliffener Links-Rechts-Distinktionen zu etablieren, endet programmatisch ausge-rechnet dort, wo Schirmmacher seine Attacke gegen den marktradikal gewendeten Konservatismus startete – bei der sozialen Marktwirtschaft eines Ludwig Erhard.

Derart fantasielos bezieht die neue Partei BSW (Bündnis Sahara Wagenknecht) Sympathien aus der Sehnsucht nach der alten, im Rückblick idealisierten westdeutschen Bundesrepublik. Das mag wahlpolitisch für einige Zeit funktionieren, als Zukunftsvision taugt die Mischung aus Sozialpolitik und Migrationskritik aber nicht. Eher trifft zu, was Norberto Bobbio der Linken ins Stammbuch geschrieben hatte: Beginnt die Linke – wie Wagenknecht, so wäre aktuell hinzuzufügen – „die Identität von rechts und links in Zweifel zu ziehen, könnte das ein erstes Anzeichen dafür sein, daß sie an der eigenen Identität zweifelt.“¹²

Jener Teil der Linken, der daran festhält, dass die Utopie einer besseren Gesellschaft

„ein Wesenselement“¹³ linker Identität ist, macht es unter umgekehrten Vorzeichen aber kaum besser. Der radikalen und Bewegungslinken mangelt es an Realitätsinn. Sie verschließt sich der Einsicht, dass das utopische Projekt „per definitionem unerreichbar“ ist.¹⁴ Weil sie die Spannungen, die zwischen dem Entwurf einer besseren Gesellschaft und dem politisch Möglichen zwingend auftreten, nicht produktiv aufzulösen vermag, schwanken die verschiedenen linken Strömungen beständig zwischen fantasieloser Anpassung an das Bestehende und einem visionären „Wünsch-Dir-Was“, dem jede Aussicht auf Realisierbarkeit fehlt.

Dass es nicht gelingt, den Widerspruch zwischen Utopie und real Möglichem produktiv aufzulösen, rächt sich in einer Epoche der Ambivalenz, in der monolithische Haltungen „von vornherein zum Missglücken verurteilt“ sind.¹⁵ In einer Ära der Unsicherheit und Ungewissheit kommt linke Politik der Wahrheit dann am nächsten, wenn sie „den bestehenden Zwiespalt in die Analyse des Sachverhalts“¹⁶ einbezieht. Anders gesagt, die Linke benötigt ein Zukunftsprojekt, geeignet, utopischen Überschuss freizusetzen, aber auch realitäts-tauglich genug, um bestehende Kräfteverhältnisse zu verändern. Ein ökologischer Sozialstaat könnte ein solches Zukunftsprojekt sein.

Was ist links?

Kaum aufgeschrieben, höre ich im Stillen, wie die linke Kakophonie der Gegenwart auf einen solchen Vorschlag antwortet. Reformismus, Staatsillusion und Rückkehr zu einem Projekt, dessen utopische Kraft schon gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts aufgebraucht war, lauten die Vorwürfe an den einen Pol des linken Spektrums. Illusorisch, weil nicht durchsetzbar, allenfalls für Grüne attraktiv, nicht mehrheitsfähig und deshalb realitätsfern, echot das Lager der Pragmatiker am entgegengesetzten Pol. Erwartbare Ablehnung

¹³ Mit Bezug auf Marco Revelli ebd., S. 20.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Weiss, Peter (1981): Notizbücher 1971–1980, Erster Band, Berlin, S. 177.

¹⁶ Ebd.

¹¹ Schellnhuber, Hans-Joachim (2015): Selbstverbrennung. Die fatale Dreiecksbeziehung zwischen Klima, Mensch und Kohlenstoff. München, S. 703.

¹² Bobbio (1993), S. 10.

vor Augen, stellt sich die grundlegende Frage, was im 21. Jahrhundert eigentlich links ist. Mein Vorschlag lautet, das elementare Dreieck linker Politik mit seinen Koordinaten Freiheit, Gleichheit und Solidarität (Brüderlichkeit) zu einem Viereck zu erweitern. Der Erhalt von „Bewohnbarkeitsbedingungen“¹⁷ des Planeten muss dem linken Koordinatensystem als zusätzliche Markierung hinzugefügt werden.

Die alte Linke des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts setzte mit ihrer Politik bevorzugt auf der Klassenachse an. Die neue Linke, die aus der 1968er-Revolution hervorging, konzentrierte sich auf die Reproduktion. Die Linke des 21. Jahrhunderts darf die Produktion und die Klassenkonflikte keinesfalls übergehen, für sie gilt jedoch: Links ist im 21. Jahrhundert jede Politik, die dazu beiträgt, *erstens* die klimaschädlichen Emissionen, den Ressourcen- und *zweitens* den Energieverbrauch zu reduzieren, die Abkehr von fossilen Brennstoffen zu beschleunigen und den gesellschaftlich erzeugten Wohlstand so zu verteilen, dass er auch künftigen Generationen noch zur Verfügung steht. Sozialistisch sind solche Politiken, *drittens* wenn sie die Gleichheit aller in einer Weise fördern, die jedem und jeder Einzelnen das gesellschaftlich verantwortbare Maximum an Selbstbestimmung ermöglicht. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist *viertens*, dass Entscheidungsmacht, die auf dem Eigentum an und der Verfügung über Produktionsmitteln beruht, radikal demokratisiert wird.

Diese knappe Formel für einen demokratischen und zugleich nachhaltigen Sozialismus des 21. Jahrhunderts erkennt an, dass sich der alte industrielle Klassenkampf unter den Bedingungen einer epochalen ökonomisch-ökologischen Metakrise unumkehrbar in einen sozial-ökologische Transformationskonflikt verwandelt hat. Ohne Berücksichtigung des ökologischen Gesellschaftskonflikts lässt sich die soziale (Klassen-)Frage nicht mehr angemessen thematisieren und vice versa. Dabei ist zu beachten, dass Klassenauseinandersetzung und ökologischer Gesellschaftskonflikt

in ihrer jeweiligen Eigendynamik zu betrachten sind. Zwar ist die Luxusproduktion für den Luxuskonsum der wohlhabendsten Klassen zum wichtigsten Treiber des Klimawandels geworden¹⁸, dennoch wäre es grob fahrlässig, wollte man annehmen, Lohnabhängige, die auf soziale Gerechtigkeit pochen, seien unweigerlich auch die Vorreiter ökologischer Nachhaltigkeit. Die Sorge um Arbeitsplätze, sozialen Status, die Zukunft der Kinder und der Heimatregion kann das Gegenteil bewirken. Das hängt vor allem mit der eigensinnigen Dynamik zusammen, die der ökologische Gesellschaftskonflikt entfaltet. Diese Dynamik darf weder auf Klassenkampf reduziert werden, noch ist sie mit ihm identisch.

Die „Arbeit der Natur“¹⁹, die in privatwirtschaftlicher Produktion als Gratisressource angeeignet wird, ist etwas anderes als Lohnarbeit. Ihre Inwertsetzung kann auch innerhalb sozialer Klassen spalten. Für Konflikte auf der Naturachse gilt deshalb, dass sie eigendynamisch verlaufen, wenngleich sie bei Eigentumsrechten, den Kosten der Transformation und den Konsequenzen für Lebensweisen Überlappungen mit der Kapital-Arbeit-Achse aufweisen. Das Ziel, die klimaschädlichen Emissionen in Deutschland bis 2045, in der EU bis 2050 auf netto Null zu reduzieren, bedeutet für alle Wirtschaftsbereiche, insbesondere aber für die industriellen Karbonbranchen, eine konfliktträchtige Zäsur, für die in den Klassengesellschaften des globalen Nordens und damit auch für die Bundesrepublik ein sozialer Mechanismus wirkt, der auf drei Prinzipien beruht:

- (a) *Das umgekehrt interdependente Wohlfahrtsprinzip*: Der auf fossiler Basis angelegte Wohlstand herrschender Klassen mit großem Klimafußabdruck verhält sich in umgekehrter Abhängigkeit zum Wohlstand beherrschter Klassen, die eine geringe Emissionslast verursachen.

¹⁷ Latour, Bruno/Schultz, Nikolaj (2022): Zur Entstehung einer ökologischen Klasse. Ein Memorandum. Berlin: Suhrkamp, S. 26.

¹⁸ Huber, Matthew T. (2022). Climate change as class war. Building socialism on a warming planet. London: Verso.

¹⁹ Moore, Jason W. (2020): Kapitalismus im Lebensnetz. Ökologie und die Akkumulation des Kapitals. Berlin: Matthes & Seitz, S. 114.

- (b) *Das Ausschlussprinzip*: Die umgekehrte Interdependenz beruht darauf, dass beherrschte Klassen von Entscheidungen über Investitionen und Innovationen ausgeschlossen sind.
- (c) *Das Aneignungsprinzip*: Der Ausschluss verschafft Klassen mit großer Entscheidungsmacht einen materiellen Vorteil, weil er ihnen ermöglicht, sich „billige Naturen“ auf Kosten beherrschter Klassen anzueignen.

Zugespitzt formuliert läuft dieser Aneignungsmechanismus darauf hinaus, dass winzige Minderheiten innerhalb der herrschenden Klassen Entscheidungen treffen, die das Überleben all derer beeinträchtigen, die zum Klimawandel am wenigsten beitragen und die unter den Folgen der Erderhitzung in der Regel am stärksten zu leiden haben. Links zu sein bedeutet im 21. Jahrhundert, diesen Wirkmechanismus zu bekämpfen, um ihn schließlich zu überwinden.

Welches Projekt?

Außer Kraft setzten lässt sich dieser Aneignungsmechanismus aber nur, wenn das eigentumsbasierte Entscheidungsmonopol über Produkte, Produktionsverfahren und deren stoffliche Zusammensetzung aufgebrochen wird. Als Konsequenz habe ich deshalb vorgeschlagen, die utopische Kraft eines erneuerten Sozialismus als Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution zu nutzen.²⁰ Denn die Begrenztheit des Erdballs und des menschlichen Lebens widerlegt die gängige Auffassung, expansiver kapitalistischer Besitz eigne sich als Konstitutionsprinzip des Zusammenlebens.²¹ Für die Vision nachhaltig-sozialistischer Gesellschaften gilt jedoch, was Norberto Bobbio als allgemeines Problem linker Politik anspricht: Utopien sind nicht zu verwirklichen. Alle Bemühungen, die Insel Utopia zu errei-

chen, werden immer wieder von Scheitern, von Rückschlägen und Fehlentwicklungen begleitet sein.

Angesichts schrumpfender Zeitbudgets, die für eine Nachhaltigkeitsrevolution noch zur Verfügung stehen, kommt ein weiteres Problem hinzu. Um Mehrheiten zu gewinnen, müssen gesellschaftliche Gruppen für ein linkes Zukunftsprojekt gewonnen werden, die das „S-Wort“ abschreckt. Ein ökologischer Sozialstaat eignet sich als Brückenprojekt, das die Verbindung zwischen radikalem Systemwechsel und Realitätssinn für gesellschaftliche Kräfteverhältnisse herstellen könnte. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit lassen sich vier Konstitutionsprinzipien eines ökologischen Sozialstaats²² benennen.

Prinzipien eines ökologischen Sozialstaats

Erstens muss er ein ökologischer und zugleich ein solidarischer, universalistischer Sozialstaat sein, dessen Schutzfunktion bei den Schwächsten der Gesellschaft beginnt. Für Rainer Hank bedeutet das: Wer der Ansicht sei, von Migration profitierten letztlich alle, müsse den „Sozialstaat weniger großzügig ausstatten“; wer ihn ausbauen wolle, „muss Migration einschränken“.²³ Das ist keineswegs völlig falsch, aber eben auch nicht die ganze Wahrheit. Hank ignoriert ein zentrales Problem nahezu aller frühindustrialisierten Länder: Ihre Bevölkerung altert. Mit Blick auf das Arbeitskräftepotential könnten die EU-Mitgliedstaaten die Einwanderung von Millionen Geflüchteter nicht nur bewältigen; ihnen rasch Zugänge zu Erwerbsarbeit zu ermöglichen wäre ein Gebot gesamtwirtschaftlicher Vernunft. Will man ethnische Konflikte, die es in Einwanderungsgesellschaften nahezu zwangsläufig gibt, demokratisch einhegen, wird ein robuster, ausfinanzierter Sozialstaat benötigt.

Wie ein integrativer Sozialstaat funktioniert, lässt sich am Beispiel der nordschwedi-

20 Dörre, Klaus (2022): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution (2., erweiterte Auflage) Berlin: Matthes & Seitz.

21 Wenn ich es richtig sehe, hat Frank Nullmeier den Begriff eines ökologischen Wohlfahrtsstaates zuerst in die sozialpolitische Debatte eingeführt. Siehe dazu den Sozialpolitikblog <https://difis.org/blog/> [letzter Zugriff: 11.12.2023] des DIFIS Bremen.

22 Arendt, Hannah (2006): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. 11. Aufl. München: Piper, S. 329.

23 Hank (2023), a.a.O.

schen Städtchens Skellefteå studieren. Erfolgreich stemmt man sich dort seit vielen Jahren gegen eine Abwärtsbewegung, die die Raumforschung als innere Peripherisierung bezeichnet. Gemeint ist der Niedergang von Regionen, in denen die Bevölkerung schrumpft, die Wirtschaft darniederliegt, die soziale Infrastruktur bröckelt, das kulturelle Leben zum Erliegen kommt und eine kollektive Abwertungserfahrung zu einer Unzufriedenheit führt, die sich häufig in der Wahl rechtsradikaler Parteien entlädt.

Nicht so in Skellefteå, wo Verwaltung, Politik und Wirtschaft sich seit vielen Jahren aktiv um Zuwanderung bemühen und Migranten, unter ihnen auch Geflüchtete, eine Schlüsselrolle einräumen. Der Ausbau eines integrativen regionalen Sozialstaats, der ökologische Nachhaltigkeitsziele mit bildungs-, sozial- und industriepolitischen Maßnahmen kombiniert und sie in einem partizipativen, gendersensiblen Umfeld praktiziert, ist das erfolgreich eingesetzte Instrument.²⁴

Weil das Beispiel sofort die Frage nach der Finanzierbarkeit generöser sozialstaatlicher Leistungen aufwirft, sei *zweitens* hinzugefügt, dass ein ökologischer auch ein egalitärer, umverteiler Sozialstaat sein muss. Hanks Argument, die Linke habe sich in puncto Chancengerechtigkeit zu Tode gesiegt, führt in die Irre. Die Behauptung, eine Gesellschaft, in welcher der Sohn eines Tischlers und einer Industriearbeiterin Bundespräsident werden könne, habe das Versprechen eines Aufstiegs der Vielen erfüllt, bietet Anlass zu Heiterkeit. Sie besitzt in etwa den gleichen Wahrheitswert wie der Satz, die Kanzlerschaft Angela Merkels' sei ein Beleg für die erfolgreiche Integration des Ostens und des unaufhörlichen Vorschreitens von Geschlechtergerechtigkeit.

Die Fakten sprechen eine andere Sprache, und das nicht nur bei Ost-West-Unterschieden und geschlechterspezifischen Ungleichheiten. 2019 habe der Gini-Koeffizient, ein international anerkanntes Maß für soziale Ungleichheit, in der Bundesrepublik Rekordniveau erreicht.²⁵ Die Ungleichheit hat Ausmaße angenommen, die das Wirtschaftswachstum behindern, weil sozialer Aufstieg blockiert wird. Wie die jüngste PISA-Studie erneut belegt, beginnt die Klassenspaltung bereits in der Schule. Um klassenspezifische Ungleichheiten zumindest abzuschwächen, müssen Wohlhabende gemäß ihres ökologischen und Klimafußabdrucks an den Kosten der sozial-ökologischen Transformation beteiligt werden. Grundsätzlich hat zu gelten: Je größer der Klimafußabdruck, desto umfangreicher muss auch der Beitrag sein, der einen ökologischen Sozialstaat finanziert. Nur so lässt sich korrigieren, was Forschungen zum Verhältnis von sozialer Ungleichheit und klimaschädlichen Emissionen belegen – der unverhältnismäßig hohe Emissionsausstoß kapitalistischer Eliten, der zu Lasten vor allem der ärmeren Bevölkerungshälfte geht.²⁶

Dabei gilt es *drittens* zu bedenken, dass ein ökologischer Sozialstaat ein wirtschaftspolitisch interventionsfähiger Staat sein muss. Entgegen marktliberalen Legenden hängt die Innovationsfähigkeit kapitalistischer Ökonomien maßgeblich von den Eingriffen und finanziellen Ressourcen eines steuernden Staates ab.²⁷ Ohne staatliche Unterstützung wären in der Vergangenheit weder große Sprunginnovationen, noch die dafür notwendigen Forschungen möglich gewesen. Als Beweis führt die Ökonomin Mariana Mazzucato das Projekt der Mondlandung an, bei dem ein unterneh-

24 Das eigens ausgearbeitete Programm Skellefteå 2030 zielt darauf, „demografische Schrumpfung nicht mit Rückbau von Infrastruktur und staatlichen Leistungen zu reagieren, sondern quasi gegen den Trend zu investieren, um eine Abwärtsspirale zu verhindern und den demografischen Negativtrend durch eine gesteigerte regionale Attraktivität und gezielte Zuwanderung zu brechen. Siehe: Schmalz, Stefan/Hinz, Sarah/Singe, Ingo/Hasenohr, Anne (2021): Abgehängt im Aufschwung: Demografie, Arbeit und rechter Protest in Ostdeutschland. Frankfurt a. M./New York.

25 Spannagel, Dorothee/Zucco, Aline (2022): WSI-Verteilungsbericht 2022: Armut grenzt aus., in: WSI-Mitteilungen 6/2022, S. 465-473.

26 In Nordamerika und Europa hat die untere Einkommenshälfte – unter ihnen viele Angehörige der konventionellen Arbeiterklasse – ihre Emissionslast um fünf bis 15 Prozent reduziert. Diese Einkommensklassen erreichen damit Werte, die sich denen der Pariser Klimaziele für 2030 mit einer jährlichen Pro-Kopf-Emissionslast von etwa zehn Tonnen in den USA und ungefähr fünf Tonnen in europäischen Ländern annähern oder diese gar erreichen. Die wohlhabendsten Einprozent emittierten 2019 hingegen 26 Prozent mehr als vor 30 Jahren, die reichsten 0,01 Prozent legten gar um 80 Prozent zu. Chancel, Lucas (2022). Global carbon inequality over 1990-2019. Nature Sustainability, 5, S. 931-938.

27 Mazzucato, Mariana (2013): Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. München.

merischer Staat mit langfristiger strategischer Planung, enormer Forschungskapazität und dem gezielten Einsatz finanzieller Ressourcen erfolgreich agieren konnte. Dementsprechend plädiert Mazzucato für einen Staat, der sich nicht auf die Reparatur von Märkten beschränkt, sondern der Märkte selbst kreiert und reguliert, um sie an gesellschaftliche Werte und Ziele rückzubinden.²⁸

Um es klar zu sagen: Gäbe es einen Staat, der die 17 „Sustainable Development Goals“ zur verbindlichen Richtschnur politischer Missionen machen würde, wäre das ein riesiger Fortschritt gegenüber dem Status Quo. Denn ohne den Staat als gestaltendem Akteur hat die sozial-ökologische Transformation nicht den Hauch einer Chance. Den Staat ähnlich wie in China und nun auch in den USA gezielt einzusetzen, um die Wirtschaft zu entwickeln und beispielsweise eine nachhaltige Wasserstoffwirtschaft mit gerechten Handelsbeziehungen aufzubauen, kommt hiesigen Wirtschaftspolitikern überwiegend erst gar nicht in den Sinn. Ein staatlich gelenkter radikaler Umbau der Wirtschaft ist mit schwerfälligen Behörden, die im Routinemodus erstarren, aber nicht zu machen. Deshalb ist erstaunlich, dass Mariana Mazzucato als vorausdenkende Befürworterin eines progressiven Staatsinterventionismus davor zurückscheut, konsequent die Frage nach der Entscheidungsmacht über Produkte und Produktionsverfahren zu stellen.

Einheit von Produktion und Gewissen

Diese Kritik berührt *viertens* die systemtransformierende Dynamik eines ökologischen Sozialstaats. Hauptursache klimaschädlicher Emissionen sind die Investitionen, nicht die individuellen Konsummuster.²⁹ Entscheidungen über Geschäftsmodelle und Investitionen werden in der Bundesrepublik wie in allen kapitalistischen Gesellschaften von einer winzigen Oberschicht innerhalb der herrschenden Klassen getroffen. Im Umkehrschluss bedeutet dies nicht nur, dass große gesellschaftliche

Mehrheiten und vor allem die eigentlichen Produzenten von Produktionsentscheidungen ausgeschlossen sind, der Ausschluss bewirkt zugleich, was der Philosoph Günther Anders einst als Trennung von Produktion und Gewissen bezeichnet hat. Im kapitalistischen Arbeitsprozess sind Herstellung und die Verantwortung für das Produkt moralisch auseinandergerissen. Der Arbeitsbetrieb produziere „Gewissenlosigkeit“. Er bewirke Gleichgültigkeit der Arbeitenden gegenüber den erzeugten Gütern und sei deshalb Ursache für Apokalypsenblindheit und „Geburtsort des Konformisten“.³⁰

Das gilt es zu verändern, wenn die überfällige Nachhaltigkeitsrevolution schnelle Beine bekommen soll. Die Trennung von Produktion und Gewissen ist nur zu überwinden, wenn die Eigentumsfrage auf neue Weise gestellt wird. Anzugehen wäre, was kritische Betriebsräte, Gewerkschaftsaktive und Teile der Klimabewegungen einklagen: die radikale Demokratisierung eigentumsbasierter Entscheidungsmacht.

In einem ökologischen Sozialstaat hätte sich Wirtschaftsdemokratie auf die potenzielle Weigerung der Arbeitenden zu gründen, Produkte, die ökologisch unverantwortbare Effekte nach sich ziehen, erst gar nicht herzustellen. Als „Produktionsstreik“ hat Günther Anders eine solche Option bezeichnet.³¹ Wie sich dergleichen praktisch angehen ließe, hat der slowenische Arbeitsmister Luka Mesec unlängst in einem bemerkenswerten Interview verdeutlicht. Mesec plädiert für Belegschaftseigentum und Beschäftigtenkontrolle. Dabei bezieht er sich positiv auf den „Employee Stock Ownership Plan“ (ESOP) in den USA. Dort existieren bereits 7.000 Betriebe mit etwa 30 Millionen Beschäftigten, in denen die Belegschaften die Kontrolle übernommen haben. In der EU finden jährlich bis zu 600.000 Betriebe keine Nachfolger, auch hier könnte ein solches Modell greifen.³²

28 Mazzucato, Mariana (2021): Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft: Frankfurt a. M.: Campus.

29 Chancel 2022, a.a.O.

30 Anders, G. (2018) [1956]. Die Antiquiertheit des Menschen 1. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution. 4. Aufl. München: C.H. Beck, S. 321.

31 Anders, G. (1982). Hiroshima ist überall. München: C.H. Beck, S. 383.

32 Mesec, Luka (2023). „Die Belegschaft soll die Kontrolle übernehmen“. Ein Interview von Stephan Kaufmann. Frankfurter Rundschau, 27.11.2023.

In einer radikalen Erweiterung ließe sich dieses Prinzip auch auf Großunternehmen ausweiten. Subventionen, die in die Privatwirtschaft fließen, könnten in Eigentumstitel der Belegschaften verwandelt werden, die durch gesellschaftliche Fonds verwaltet werden. Ein solcher Ansatz würde dem „Rehn-Meidner-Plan“ ähneln, den der Ökonom Rudolf Meidner seinerzeit für die schwedischen Gewerkschaften entworfen hatte.³³ Die Stärkung des Öffentlichen, etwa durch Rückführung von Bahn, Post, Kliniken etc. in, wenn nicht staatlichen, so genossenschaftlichen Gemeinbesitz, wäre ein weiterer Ansatzpunkt, um kollektive Entscheidungen zugunsten sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit zu befördern.

Ein ökologischer Sozialstaat, der wirtschaftliche Entscheidungsmacht demokratisiert, wird in der Zivilgesellschaft utopischen Überschuss mobilisieren müssen. Eine solche Vision wäre aber realitätstauglich genug, um im politischen Handgemenge bestehen zu können. In seinem Bemühen, die planetarischen Bewohnbarkeitsbedingungen zu bewahren, würde er ein konservatives Grundmotiv aufnehmen. Zugleich träte er das Erbe eines progressiven Liberalismus an, denn wirklich frei können wir nur sein, wenn wir Verantwortung „auch für das übernehmen, was wir erzeugen“³⁴. Sozialistisch an einem solchen Projekt ist, dass es die Eigentumsfrage auf neue Weise ins Zentrum der Debatten um die im Gange befindliche große gesellschaftliche Transformation rückt. In einem ersten Schritt böte der Vorschlag Stoff, um die Frage „What’s Left?“ für das 21. Jahrhundert wieder aufzunehmen – am besten in einer konstruktiven Kontroverse, die Linke mit ihren Gegnern, mit Konservativen und Liberalen respektvoll, aber dennoch scharf und präzise zu führen haben. ■

33 Gowan, Saoirse (2022): Rudolf Meidner: Der radikale Reformier. In: Jacobin, 23. Juni 2022. Online unter: <https://jacobin.de/artikel/rudolf-meidner-der-radikale-reformer-sozialdemokratie-meidner-plan-olof-palme> [letzter Zugriff: 11.12.2023].

34 Anders (1982), S. 369.

WIDERSPRUCH

Organisierung in der Krise

Man könnte verzweifeln: Aufstände und Kämpfe, soweit das Auge reicht, zugleich aber eine Krise von linken, emanzipatorischen Organisationen.

Dabei ist Organisierung die Grundlage für gesellschaftspolitische Gestaltung.

Wie gehen die Akteur:innen – von den Gewerkschaften und dem Frauen*streik bis zur Klimagerechtigkeitsbewegung – damit um?



232 Seiten, Broschur
ISBN 978-3-03973-012-4

Einzelheft € 18.–

Jahresabonnement (2 Hefte) € 27.–

Förderabonnement (2 Hefte) € 100.–

Gönner:innen mindestens € 350.– pro Jahr

www.widerspruch.ch